



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE-UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 510 64 · REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH) · JAN KOCHANOWSKI · MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

7/75

Ergebnisse der Kollegialorganswahlen

Die Legislaturperiode des am 1. 4. 1974 zusammengetretenen Konzils endet am 31. 3. 1975, die des neugewählten beginnt am 1. 4. 1975 und endet am 31. 3. 1977. Im Sommer 1975 wird der ab 1. 10. 1975 amtierende Senat vom Konzil gewählt. Der Senat wählt im Sommer 1976 den neuen Rektor und seinen Stellvertreter.

Die Legislaturperiode der neuen Fachbereichsräte (FBR) beginnt - wie die des Konzils - am 1. 4. 1975; ebenso wie die Mitglieder des Konzils werden die FBR-Mitglieder auf zwei Jahre gewählt, mit Ausnahme der Studenten, deren Amtszeit nach einem Jahr abläuft.

Nach Angaben des Wahlleiters führten die Wahlen zu folgenden Ergebnissen:

Konzil

Hochschullehrer (stimmberechtigt: 72; abgegebene Stimmen: 68 = 94,4 %)

	Zahl der Kandidaten	Stimmen	%	Sitze
Liste 1 (Linke Liste)	16	17	25	6
Liste 2 (Schulenberg)	30	40	58,8	14
Liste 3 (BdWi)	8	12	17,6	4

Wiss. Mitarbeiter (stimmberechtigt: 181; abgegebene Stimmen: 158 = 87,3 %)

	Zahl der Kandidaten	Stimmen	%	Sitze
Liste 1 (Büttemeyer)	15	38	24	6
Liste 2 (Linke Liste)	27	61	38,6	9
Liste 3 (Demokr. Liste)	3	8	5	1
Liste 4 (BdWi)	18	51	32,3	8

Studenten (stimmberechtigt: 2926; abgegebene Stimmen: 635 = 21,7 %)

	Zahl der Kandidaten	Stimmen	%	Sitze
Liste 1 (LHV)	6	48	7,6	2
Liste 2 (SHB)	22	176	27,6	7
Liste 3 (Linke L.)	16	143	22,5	5
Liste 4 (Unab. L.)	10	28	4,4	1
Liste 5 (MSB)	16	133	20,9	5
Liste 6 (NHB)	1	3	0,4	-
Liste 7 (UHG)	14	100	15,7	4

Sonst. Mitarbeiter (stimmberechtigt: 242; abgegebene Stimmen: 174 = 77,7 %)

	Zahl der Kandidaten	Stimmen	%	Sitze
Liste 1 (Unabh. Wähler Gruppe)	15	64	36,8	6
Liste 2 (ÖTV)	22	110	63,2	10

Die FBR-Mitglieder werden namentlich aufgeführt. Die Nennung der Stellvertreter entfällt, wenn die Reihenfolge aus der Liste ersichtlich ist.

FBR I

Hochschullehrer:
Dieckert (Leist), Belschner (Busch),
Lengert (Fülgraff), Raapke (Laucken)

Wiss. Mitarbeiter:
Viebahn, Fleßner

Studenten:
Brinkmann, Hecht

Sonst. Mitarbeiter:
Kersten (Jedrowiak)

FBR II

Hochschullehrer:
Boeder, Vogt,
Ueding, U. Günther

Wiss. Mitarbeiter:
Dierks, Roßmann

Studenten:
Suhr, Ohlen-Kruse

Sonst. Mitarbeiter:
Volkman (1. Christians; 2. Weiland)

FBR III

Hochschullehrer:
Roth, Peters, Ruffmann, Sterzel,
Schmidt, Kraiker, Kaiser, Sellin

Wiss. Mitarbeiter:
Günther-Arndt, Holland,
Dröge-Modelmog, Moldenhauer

Studenten:
Wehe, Frevel, Mecklenburg, Pabst

Sonst. Mitarbeiter:
1. Notarp
2. Röver (Haske)

FBR IV

Hochschullehrer:
Höpner, Emrich, Simon, Eber,
Krumbein, Ruth, Luther, Strassel

Wiss. Mitarbeiter:
Heyen, Löding, Homann, Radek

Studenten:
Döring, Tietze, Düsing, Becker

Sonst. Mitarbeiter:
1. Schmidt (Rundshagen)
2. Rosenow (Schubert)

Hilfe für Betroffene

Senat zu Einstellungsverzögerungen

Die Universität Oldenburg wird die 15 Lehramtsanwärter, die vorläufig aus politischen Gründen nicht in den Schuldienst eingestellt werden, soweit möglich durch Einstellung als Hilfskräfte finanziell unterstützen.

Allerdings kann diese Unterstützung angesichts der miserablen Situation im Hinblick auf die Tutorenstellen nur relativ gering sein. Insgesamt stehen dafür 5.000,-DM zur Verfügung, d.h. daß zehn der Betroffenen einen Monat bzw. fünf zwei Monate über eine Stelle in der Universität materiell halbwegs abgesichert werden können. Bereits am Mittwoch hatte der Senat gegen die vorläufige Nichteinstellung der 15 Lehramtsanwärter, die in den letzten Wochen ihr Examen an der Universität abgelegt haben, protestiert. Wie bereits berichtet, gehören davon nicht weniger als zehn Mitglieder der SPD an. In der einstimmig verabschiedeten Resolution bedauerte das Gremium daß den betroffenen Lehramtsbewerbern keine Tatsachen genannt worden seien, zu denen sie Stellung hätten nehmen können. Die aus dem dadurch eingetretenen Schwebezustand resultierende Belastung werde durch die Tatsache noch erhöht, daß die Ausbildung innerhalb einer begrenzten Frist abgeschlossen

sein müsse. Das undurchsichtige und unkontrollierbare Prüfungsverfahren müsse letztlich dazu führen, daß die Mitarbeit in den Gremien der Universität und der verfaßten Studentenschaft von den Studierenden unter dem Druck der Existenzgefährdung gemieden werde.

Nach Überzeugung und Kenntnis der Universität lassen die politischen Aktivitäten der betroffenen Lehramtsanwärter an der Hochschule keinen Zweifel an ihrer Verfassungstreue zu. Wörtlich heißt es in der Erklärung des Senats weiter: "Die Universität Oldenburg fordert die für die Verzögerung der Einstellung verantwortlichen Instanzen auf, alle betroffenen Lehramtsanwärter unverzüglich einzustellen. Sie wird sich dafür einsetzen, daß rechtsstaatliche Normen uneingeschränkt Geltung behalten und rechnet dabei auf die solidarische Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Institutionen und Organisationen."

Boycott

Das Studentenparlament und die Vollversammlung zur sozialen Lage haben -laut Mitteilung des ASTA's an die Pressestelle- zum Boykott der Studentenwerksbeiträge aufgerufen. In einem Erlaß des Nieders. Ministers für Wiss. und Kunst wurde der Beitrag rückwirkend zum Beginn des Wintersemesters auf 12,-DM festgesetzt. Für die Einziehung der Beträge und die Abführung an das Studentenwerk ist die Universitätsverwaltung zuständig. In seiner Stellungnahme führt der ASTA aus, daß juristisch keine Möglichkeit besteht, des Boykotts wegen exmatrikuliert zu werden. (Nähere Informationen bei den BaFög-Ständen und im ASTA-Büro

Beschluß des Senats zum NAK

Auf seiner letzten Sitzung beauftragte der Senat die Kontaktstelle für wiss. Weiterbildung (KWW) und die dafür zuständige Senatskommission, die Möglichkeiten einer Kooperation der DGB-Bildungsvereinigung Arbeit und Leben e.V. mit der Universität Oldenburg bei der Vorbereitung von Nichabiturienten für die aus Vertretern beider Institutionen gebildete "Paritätische Kommission" vorzuklären und dem Senat entsprechende Empfehlungen vorzulegen.

Funktion der Pressestelle

Einstimmig hat der Senat auf seiner letzten Sitzung einer Beschlusvorlage zugestimmt, die die Aufgabe und Funktion der Presse- und Informationsstelle regelt. Wesentlichste Bestimmung dieser Beschlusvorlage ist, daß die Pressestelle als eine Einrichtung der Hochschule verstanden wird und in ihrer inhaltlichen Arbeit nicht allein an die Anweisungen des Rektors gebunden ist, wie es in den meisten bundesdeutschen Hochschulen der Fall ist. Das heißt, daß die Pressestelle den Gremien und Statusgruppen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Weiterleitung von Informationen zur Verfügung steht, sowohl für die externe wie für die interne Öffentlichkeit. Sie ist in ihrer Funktion als Instrument der Informationspolitik der Universitätsspitze selbstverständlich an die inhaltlichen Weisungen des Rektors gebunden. Organisatorisch bleibt sie eine Dienststelle die dem Rektor unmittelbar zugeordnet ist. Weiter legt das Papier fest: "Zur Wahrnehmung ihrer Funktion ist die Pressestelle auf die nachhaltige Unterstützung der Gesamtuniversität, ihrer Organe und ihrer Mitglieder, sowie aller ihrer Dienststellen und Einrichtungen angewiesen, denn die Pressestelle ist Instrument der Information, nicht Informationsquelle nicht selbst Informationsquelle. Alle Einrichtungen und Organe der Hochschule sind deshalb zur Zusammenarbeit mit der Pressestelle verpflichtet." (s. auch Amtliche Mitteilungen 3/75)

850 Bewerbungen

Etwa 850 Bewerbungen sind in der Universität Oldenburg auf die knapp von ihr angebotenen Studienplätze eingegangen. Allerdings werden dadurch nicht fast alle Interessenten einen Studienplatz erhalten, da in einigen Fächern die Zahl der Bewerber weit über der vom Wissenschaftsministerium festgesetzten Kapazität liegt, in anderen da runter. In den Diplomstudiengängen, für die 170 Plätze ausgeschrieben waren, registrierte die Universität 191 Bewerber, in den Lehramtsstudiengängen, in denen 610 Plätze zur Verfügung stehen, 604 Bewerber. Zusätzlich wollen sich 9 Studenten immatrikulieren, um zu promovieren. Abgesehen von den Interessenten um Studienplätze in den Fächern Chemie und Biologie, die über die Zentrale Verteilungsstelle in Dortmund vergeben werden, rechnet die Universität etwa mit 700 Neumatrikulierten zum Sommersemester dieses Jahres. Damit würde sich die Zahl auf etwa 3 400 erhöhen. Anfang März werden die Bescheide der Universität zur Zulassung zum Studium herausgehen. Die Bewerberzahlen im einzelnen:

DIPLOM-STUDIENGÄNGE

Fach	Studienplätze	Bewerbungen
Sozialwissenschaft.	45	24
Pädagogik 5. Sem.	30	44
Pädagogik 1. Sem.	50	60
Mathematik		10
Physik		2
Raumplanung	20	33
Wirtschaftswissenschaften	25	18

LEHRAMTSSTUDIENGÄNGE

Fach	Studienplätze	Bewerbungen
Germanistik	70	122
Anglistik	50	40
Bildende Kunst	30	49
Musik	15	12
Russisch	10	2
Gesellschaftslehre	90	84
Arbeitslehre	50	33
Mathematik	70	42
Handelslehramt	30	56
Biologie	40	40
Chemie	20	2
Physik	30	12
Geographie	20	15
Sport	40	46
Theologie	15	13
Sonderpädagogik	30	36

Adrema

In der Pressestelle ist inzwischen eine Adressmaschine vorhanden, die auch anderen Abteilungen der Hochschule zur Verfügung steht. Interessenten melden sich bitte in der Presse- und Informationsstelle im Raum A 107 Tel.: 270